

10 Nummern S 1-20
Deutschland Mark 1-20
(inkl. Postzustellung)
Österr. Postsparkassen-
Konto Nummer 119,471

Arbeiter-Stimme

DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS
(OPPOSITION)

Erscheint vierzehntägig
Redaktion und
Administration:
XVI., Hyrtlgasse 19/4
Telephon R 30-9-58

2. Jahrgang

Wien, September 1928

Nr. 34

Heimwehrartillerie gegen Mieterschutz Sie drohen offen mit dem Staatsstreich

Sacco und Vanzetti.

Vor einem Jahre hat sie die amerikanische Bourgeoisie hingerichtet.

Unschuldig waren sie der Tat, der die kapitalistischen Henker sie bezichtigt

Aber sie waren proletarische Revolutionäre.

Aber um ihre Halben erhob sich der Massensturm.

Darum wurden sie hingerichtet!

Um die Arbeiterklaven einzuschüchtern.

Aber Sacco und Vanzetti ließen sich nicht einschüchtern. Sie starben als Helden.

Aber die Arbeiterklaven ließen sich nicht einschüchtern. Sacco und Vanzetti haben sie aufgerüttelt und werden sie weiter aufrütteln.

Zum revolutionären Kampf! Zum revolutionären Sturz der Bourgeoisie!

Märtyrer der Arbeiterklasse! Nicht durch Gebete, aber durch ihre Taten wird euch die Arbeiterklasse ehren und rächen!

Feldmäßige Schießübungen der Heimwehr in Tirol und Steiermark. Preisschießen der Heimwehr in Vorarlberg unter Assistenz der Wehrmacht. Preise gewidmet von der Landesregierung und den Banken. Auch mit scharfen Handgranaten übt die Heimwehr. Eine Heimwehrartillerie ist aufgestellt und wird bereitgehalten zur Verwendung zum Beispiel gegen Innsbruck.

Nach den Aufmärschen in Neunkirchen, Amstetten, Langenlois, Heimwehraufmarsch in Gloggnitz bereits offen ausgerüstet mit Bajonetten. Für den 7. Oktober rüsten sie zu einem großen Aufmarsch nach Wiener Neustadt, ins Herz des niederösterreichischen Industriegebiets. Und schon sind die Hahnenschwänzer auch schon in Mauer aufmarschiert, hart an der Grenze Wiens.

In den steirischen Betrieben treiben sie den Betriebsfaschismus weiter vor und suchen ihn in andere Gebiete zu übertragen. Klassenbewußte Arbeiter werden entlassen, an ihrer Stelle Heimwehrlere eingestellt.

In Wien machen sie sich an die Arbeitslosen heran.

Sie sprengen blutig Versammlungen (Graz), auch Gewerkschaftsversammlungen (Zell am See), und schlagen sozialdemokratische Funktionäre blutig (Hinterberg).

Nachdem das parlamentarische System sich als unfähig erwiesen, die dringendsten Gesetzesvorlagen

zu erledigen, müssen außerparlamentarische Möglichkeiten ins Auge gefaßt werden, um den Knoten zu entwirren, nötigenfalls mit Brachialgewalt. So verkündet offen die Heimwehrleitung. Und ihr Führer, Bundesrat Dr. Steidle, droht noch offener: wenn die Sozialdemokratie die Mieterschutzvorlage im Herbst nicht verhandeln lasse, werden die Heimwehren das Parlament sprengen und „sich selbst Ordnung machen“.

„Reichspost“ und „Weltblatt“, die führenden Blätter der Christlichsozialen haben das abgedruckt ohne dagegen Stellung zu nehmen. Die Regierungspartei und ihre Regierung sind also einverstanden. Auch der christlichsoziale Bauernbund ist einverstanden. Und auch die Reichsleitung des Landbundes ist einverstanden. Von den Großdeutschen nicht zu reden.

Das Finanzkapital (Tagblatt, Presse) hatten Bedenken gegen die offene Sprache. Bedächtiger reden, energischer handeln, ist ihr Wunsch. Dem hat die Heimwehr Rechnung getragen. Sie droht den Staatsstreich nun „defensiv“ an — „zur Verteidigung des Parlaments“ — und verstärkt ihr Rüsten und Auftreten.

Noch gibts kleine Meinungsverschiedenheiten über Termin und Form der Aktion. In der Hauptsache aber ist die Bourgeoisie ohne Unterschied bereits vollkommen einig: den Mieterschutz zu brechen, nötigenfalls durch gewaltsamen Staatsstreich und Aufrichtung der offenen kapitalistischen Diktatur,

Worum geht's?

Um Mieterschutz. Um finanzielle Erdrosselung Wiens. Um Arbeitslosenversicherung. Um Pächterschutz. Mit einem Wort: um die schrankenlose Ausbeutung der Arbeiter.

Die österreichischen Reallöhne stehen in der Welt fast an letzter Stelle. Die Zahl der Betriebsunfälle ist um 2/3, die Zahl der tödlichen Unfälle in den Betrieben ist um 50 Prozent gestiegen. Das ist den Kapitalisten nicht genug. Sie wollen den Reallohn noch tiefer drücken, die Arbeitsleistung noch mehr steigern, die Unfälle verdoppeln, verdreifachen, vervierfachen. Im Interesse der „Volkswirtschaft“.

So stellen sie den Arbeitern die unausweichliche Frage:

Entweder ihr seid freiwillig zu all dem bereit, dann sind wir Kapitalisten bereit euch mitreden zu lassen, wie eure gesteigerte Ausbeutung am besten durchzuführen —

oder ihr seid dazu freiwillig nicht bereit; dann werden wir euch mit Gewalt dazu zwingen durch Aufrichtung der offenen kapitalistischen Diktatur.

Seit Jahren haben die revolutionären Arbeiter das vorausgesagt. Die Sozialdemokratie hat das verhöhnt. den Klassengegnern die Waffen gelassen, ihnen Waffen noch dazugegeben, die Arbeiter aber geistig und physisch entwaffnet.

Der aufmarschierende Heimwehr weicht sie aus. Da ihre leeren Drohungen niemand mehr ernst nimmt, verlegt sie sich darauf, sich über den bereits offen bewaffnet auftretenden Klassengegner lustig zu machen, wodurch sie — sehr zum Vergnügen der Kapitalisten — die Arbeiter über den Ernst der Lage täuscht.

Sie appelliert noch immer an den „einsichtigen Teil“ der Bourgeoisie, an die „anständigen Menschen“.

Sie spekuliert auf die Koalition. Sie sagt den Kapitalisten: wenn ihr mit der Sozialdemokratie geht, kommt euch das billiger als die Heimwehr. Das Bild in der „Arbeiter-Zeitung“ am 18. August spricht deutlich.

Die Bourgeoisie antwortet: was bietet ihr konkret? Die kleinen Präsente, womit ihr den Arbeitern die Koalition schmackhaft zu machen gedenkt, auf wessen Kosten wollt ihr sie decken?...

Dennoch ist die Koalition möglich: wenn der Schatten der aufsteigenden Wirtschaftskrise, wovon die einsetzende weltpolitische Umgruppierung der politische Ausdruck, auch nach Oesterreich übergreift. Allein selbst wenn die Sozialdemokratie noch

so große Konzessionen macht, die Koalition wird höchstens eine Zwischentappe sein, um eine eventuell allzustarke Empörungswelle der Arbeiter desto sicherer zu zersetzen.

Der Klassengegner holt offen aus zum bewaffneten Angriff. Wollt ihr als Menschen leben oder euch zum Arbeitvieh degradieren lassen?!... Immer unerbitterlicher stellt der eiserne Gang der Dinge, der die sozialdemokratische Politik grausam überprüft, diese Frage. Die Bewaffnung der Arbeiter wird immer dringender zur Lebensfrage der Arbeiterklasse. Nur mit den Waffen in der Hand kann die Arbeiterschaft die Faschisten ent Waffen. Nur mit den Waffen in der Hand kann das Proletariat sich retten und — siegen.

Ernst ist die Lage und schwer. Doch zum Verzagen ist nicht der geringste Grund. Die österreichischen Arbeiter sind nicht isoliert! Wohl herrscht ringsum Reaktion. Doch unter ihren Füßen grollen

überall Vulkane. Ein Anstoß — und der ganze Boden beginnt unter ihnen zu wanken. Auch von Oesterreich kann der Anstoß ausgehen! Wenn die Bourgeoisie die Lunte ans Pulverfaß legt, letzten Endes in die Luft fliegen wird sie. Die Arbeiterschaft muß den Tatsachen nüchtern und entschlossen in die Augen sehen, darf auf die schönen Reden des sozialdemokratischen Parteitag nicht bauen, muß Aktionsausschüsse bilden in allen Betrieben — wo nötig geheim — und muß zum äußersten bereit sein.

Gegen den bewaffneten Angriff der Kapitalisten — Kampf auf Sein oder Nichtsein bis zum Sieg!

Die Mechanik des Kampfes selbst wird den Arbeitern aufzwingen die Bildung des Klassenorgans, daß die äußersten Kräfte der gesamten Arbeiterklasse mobilisiert, zusammenfaßt, die Schaffung von Arbeiterräten und in der Not des Kampfes werden sich die Arbeiter sammeln zu der Losung, die allein Rettung und Sieg ermöglicht: Alle Macht den Arbeiterräten!

Die kommenden acht Monate werden in Oesterreich mehr verändern, als die letzten acht Jahre.

Der Kelloggschwindel.

Amerika rüstet zum Krieg! Kriegsbündnis zwischen England und Frankreich!

Die Wandlung der selbstgenügsamen Bauern zu Farmern, die alles verkaufen was sie erzeugen und alles was sie brauchen kaufen, das war die Basis des anschwelenden Innenmarktes in Amerika. Dieser Prozeß ist abgeschlossen. Der innere Markt genügt der riesenhaft emporgeschwellten amerikanischen Industrie nicht mehr. Krise. Weit über vier Millionen Arbeitslose. Die amerikanischen Giganten brauchen profitablen Riesenabsatz auswärts. Sie steuern auf Neuaufteilung des Weltmarktes, d. h. auf neuen Weltkrieg, bauen die größte Kriegsflotte der Welt, von Gas- und Luftrüstungen nicht zu reden. Das Ganze mit Nebel zu verhüllen, dazu dient der Kelloggspakt.

Das Opfer, das Amerika „erleichtern“ will, ist der bisher größte kapitalistische Räuber: England. Jetzt schon sucht Amerika das Gefüge des großbritanischen Reiches zu zersetzen. In Kanada, Irland, jüngst in Aegypten hat es die Hebel angesetzt. Durch all das außerordentlich beunruhigt hat der englische Räuber ein Kriegsbündnis abgeschlossen mit dem französischen Räuber. Inhalt: Beide Räuber gewähren einander Rüstungsfreiheit. Frankreich deckt England den Rücken gegen Amerika, dafür England den Rücken Frankreich gegen Deutschland und Italien. So sehen wir die zwei Räuber gemeinsam in Bulgarien intervenieren. Sie

verlangen Abrüstung der Imro, dieser Hauptstütze des weißen Regimes. Frankreich will keine Beunruhigung Jugoslawiens und Griechenlands. Mussolini kann nur in viel beschränkterem Maße als bisher auf die Unterstützung Englands rechnen. So sehen wir wie die zwei Räuber gemeinsame Manöver in dem noch immer besetzten Rheinland veranstalten und demonstrieren, das England Frankreichs Forderungen bezüglich der interalliierten Forderungen und der endgültigen Festsetzung der Reparationssumme, die Deutschland zu zahlen hat unterstützt.

Das Kriegsbündnis England-Frankreich leitet eine vollkommene Umgruppierung ein innerhalb der imperialistischen Mächte und ihrer Trabanten. Dieses Kriegsbündnis wurde mitten im Brüsseler „Friedens“kongreß für Frankreich abgeschlossen vom Sozialdemokraten Paul Boncour!...

Selbstverständlich sind trotz der gewaltigen Verschärfung ihrer Gegensätze alle imperialistischen Räuber einig in dem Entschluß, dem proletarischen Staat Sowjetrußland, ohne und mit Krieg den Hals abzudrehen. Was den Schwindler in „Leninismus“ Stalin nicht hindert den Kelloggschwindel mitzumachen. Freilich ist das eine richtige Taktik für seinen Hauptberuf als Lakai der Kulaken und der Nepbourgeoisie.

Der Panzerkreuzer.

Da haben sie in Brüssel große Friedensreden geschwungen.

Da haben sie erklärt, die Bauern und die Dollars sind schuld, daß die Bourgeoisie sich wieder in Sattel schwingen konnte. Von der Schuld der Sozialdemokratie, die der Bourgeoisie die Waffen gelassen, die Arbeiter aber entwaffnet hat, haben sie geschwiegen.

Da haben sie Donnerworte gegen den Krieg geschleudert: wer nicht vor der Kriegserklärung alle Mittel der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit erschöpft, gegen den müssen sich die Arbeiter mit Insurrektion, mit Bürgerkrieg erheben! Die Schiedsgerichte sind von den kapitalistischen Staaten besetzt, die Spitze dieses sozialdemokratischen „Friedensprogrammes“ richtet sich also gegen den einzigen proletarischen Staat, die Sowjetunion.

Da haben sie in Brüssel sieben Tage lang in jeder Minute siebenmal das Wort „Frieden!“ hinausposaunt.

Und nun kommt der verfluchte Panzerkreuzer! Nicht daß er kommt, aber daß er grad jetzt kommt, macht die „Arbeiter-Zeitung“ wütend. Ausgerechnet jetzt, gleich nach dem Brüsseler Rummel. Jetzt, da jeder Arbeiter die Kriegsrüstungen der Imperialisten, den nahenden imperialistischen Krieg spürt. Jetzt, da jeder Arbeiter sich noch erinnert, daß die biedere SPD den Wahlkampf geführt mit den Losungen: Gegen Panzerkreuzer — für Kinderspeisung! Wer Panzerkreuzer nicht will, wähle Sozialdemokratie . . .

Wie ein Blitz hat der Panzerkreuzer den so schwer durchsichtigen sozialdemokratischen Nebel grell durchleuchtet. Ein wahrer Sturm geht durch die deutschen sozialdemokratischen Arbeiter.

Vorerst richtet er sich gegen die unmittelbar Schuldigen. Gegen die Müller-Hilferding. Gewiß sie sind schuld. Aber jeder Minister der Sozialdemokratie hätte ebenso gehandelt und wird so handeln müssen. Nicht eine persönliche Verfehlung ist, sondern die unvermeidliche Konsequenz der sozialdemokratischen Politik.

Wer Koalitionspolitik sagt — und diese selbst ist eine unvermeidliche Folge der reformistischen Grundeinstellung der Sozialdemokratie — für den kommt der Augenblick, wo er Panzerkreuzer sagen muß.

Jede politische Grundeinstellung hat ihre eiserne Logik. Die Politik im Kriege ist die Fortsetzung der Politik im Frieden in anderer Form, mit anderen Mitteln. Wer im Frieden eingestellt ist auf Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, wird mit der Bourgeoisie zusammenarbeiten müssen auch im Krieg.

In den geheimen Sitzungen in Brüssel hat Julius Deutsch offen ausgesprochen: wir müssen Militärkredite bewilligen, sonst sind Koalitionen unhaltbar, unmöglich. Vom proletarischen Standpunkt ergibt das den zwingenden Schluß: also Schluß grundsätzlich mit aller Koalitionspolitik! Vom sozialdemokratischen Standpunkt ergibt sich ein an-

derer Schluß: da der Ausgang und das Ziel aller sozialdemokratischer Politik die Koalition ist, so müssen wir die Militärkredite bewilligen, aber sagen dürfen wir den Arbeitern nicht, damit sie hinter uns bleiben, und eben darum müssen wir in den Brüsseler Resolutionen über die Militärkredite schweigen. Was sie auch getan haben.

Allein wer im Frieden Militärkredite bewilligt, was tut der anders, als das Geld (der Arbeiter) hergeben zu Rüstungen, womit die Bourgeoisie die Arbeiter niederhält und sie dann ins Kriegsgemetzel schickt? Wer Militärkredite bewilligt, muß (die Frage grundsätzlich gestellt) Kriegskredite bewilligen. Wer im Frieden mit der Bourgeoisie zusammenarbeitet, muß mit ihr zusammenarbeiten auch im Krieg, mag er es maskieren wie er will.

Der Panzerkreuzer zeigt den Widerspruch des sozialdemokratischen Parteinteresses mit dem proletarischen Klasseninteresse so furchtbar kraß, daß die SP verzweifelt nach einem Ausweg sucht. Der Panzerkreuzer als kleineres Uebel verfängt nicht. Arbeitslosenunterstützung für Panzerkreuzer schien schon etwas besser zu ziehn. Der sozialdemokratische Spezialist zum Irreführen, Täuschen und Prellen der Arbeiter Julius Deutsch empfiehlt im Berliner „Vorwärts“ den alten Trick: die Sozialdemokratie soll der Bourgeoisie weiter Panzerkreuzer bewilligen und dafür immer wieder Maßnahmen der Demokratisierung des Heeres fordern . . . Panzerkreuzer für — „Volksrechte“! Die geschichtliche Sendung der Sozialdemokratie ist: dem Imperialismus helfen die Arbeiter einzulullen im Frieden und — erst recht im Krieg. Kampf gegen den Krieg heißt vor allem: Grundsätzlicher Bruch mit der Koalitionspolitik! Grundsätzlicher Bruch mit der Sozialdemokratie! Schaffung der proletarischen Klassenpartei!

Diejenigen die glauben, von der österreichischen Sozialdemokratie geite das nicht — und noch glaubts bei uns die große Masse — denen wird der Gang der Tatsachen beweisen, daß auch für die SP Oesterreichs der Panzerkreuzer kommen wird — in österreichischer Form.

Wird der Panzerkreuzersturm von dauernder Wirkung sein? Die KPD zieht den Volksentscheid gegen die Panzerkreuzer rein parlamentarisch auf. Das heißt nicht zur Revolutionierung der Massen, sondern um der SPD Stimmen abzugeben. Gewiß sie wird große Massen mobilisieren — aber nicht in der Richtung zur Revolution! Also wird sie letzten Endes die Position der Bourgeoisie nicht schwächen, sondern nur die Massen aus dem Lager der ersten reformistischen Partei in das Lager der zweiten reformistischen Partei, der Konkurrenzreformisten überleiten, eben der KPD. Und doch wird der Panzerkreuzer von revolutionärer Wirkung sein! Die deutsche Leninopposition wird dafür sorgen.

Der Stalinkongreß.

Der Kulakenagent Stalin hält Kongreß mit den Unteragenten, die er sich gemietet hat, zur Maskierung seiner Kulakenpolitik. Denn das ist der Zweck des „Kongresses“. Z. B. Der blutige Verrat des Stalin an der chinesischen Revolution wird so umgelogen: Trotzky's Hauptlösung in China sei: Kampf gegen den Kulak“. Selbstverständlich ist dieser Blödsinn niemals Trotzky's (lies: der Opposition) Lösung in China gewesen. Die lautete ganz anders: Schaffung einer selbstständigen, revolutionären KP! (Schwindler Stalin gab den chinesischen Kommunisten nicht einmal eine Zeitung; wie sollten sie da selbstständig bleiben und sich organisieren . . .). Bewaffnung der Arbeiter und der Dorfarnut! (Während Lump Stalin ihre Niederschießung durch Tschang-kaischek verheimlichte und billigte.) So ist die Wahrheit und eben deshalb versucht der Moskauer Kulakenkongreß sie umzulügen, um die Kommunisten weiter einzuseifen. Am anschaulichsten zeigt die Schwindelmethode Stalins der Bericht über die Wirtschaftslage Sowjetrußlands. Da wird dargestellt, wie gewaltig sich die Lage der Arbeiter und Bauern in Rußland gehoben hat. Ist das richtig? Ja! Nämlich wenn man offen ausspricht: im Vergleich zur Lage unter dem Zarismus! Das aber wird bewußt verschwiegen. Der Vergleich mit der Vorkriegs- und der unmittelbaren Nachkriegszeit wird umgeschwänzt in den „Beweis“ wie herrlich es den Arbeitern und „Bauern“ unter dem Stalinismus gehe. Bei fast unveränderten Preisniveau habe sich das Einkommen aller Werktätigen stark erhöht . . . Der soziale Sektor erstarke viel rascher als der privatwirtschaftliche . . . Da lachen die Hühner! In Wahrheit steigen die Preise, die Arbeiterfrauen müssen sich ums Brot anstellen, der Reallohn sinkt, die Dorfarnut verkommt. Nur einer steigt: der Kulak, der Großbauer, der Dorfkapitalist. Er ist die Hauptstütze der Stalinpolitik, der Stalinbande. Aber schon beginnen die russischen Arbeiter den Stalinnebel zu durchblicken. Die Tatsachen arbeiten für die Opposition, für den Leninismus! Eben deshalb verschärft Stalin die Verfolgung der Opposition, deren „rücksichtslose Austilgung aus allen Stalinparteien“ beschlossen wurde. Aber nach Stalin-Bucharin-Rykov ist doch die Opposition schon längst tot! Oder nicht?! . . .

Spotten ihrer selbst. . .

„Das russische Proletariat kann die sozialistische Revolution mit seinen eigenen Kräften allein nicht siegreich vollenden“. (Aus Lenins Abschiedsbrief an die Schweizer Arbeiter vom 8. April 1917 veröffentlicht in der R. F. vom 5. August d. J. Seite 7 Spalte 3, 16. Zeile von oben.) Die Stalinisten verzapfen zur Deckung ihrer Kulakenpolitik das Märchen vom Aufbau des Sozialismus in einem Lande und ihren Schwindel bezeichnen sie als — Leninismus. Schade, daß Lenin nicht lebt, er würde dieses Pack mit Fußstritten hinausexpedieren.

Schwindsucht der „Roten Fahne“.

Mit dem Stalinblatt geht es unausgesetzt bergab. Die Stalinisten reden sich aus: In keinem Lande stoße die kommunistische Agitation auf so große Hindernisse wie in Oesterreich. Ja. Aber wer ist das Haupthindernis?

Was ist die Aufgabe der Roten Fahne? Die Stalinpolitik, die Kulakenpolitik zu vertreten, für die Stalinwirtschaft die Reklametrommel zu rühren, die Lumpereien Stalins zu maskieren, umzulügen. Das riechen die österreichischen Arbeiter auf Kilometer.

Und dazu kommt nun noch die grenzenlose Unfähigkeit dieser Jammernmenschen in der Alserstraße. Eins können sie: das Geld, das Stalin schickt, einstecken, Sonst nichts. Würde Stalin seine Reklameaufträge einen gerissenen Tarnopolner in Wien II. übertragen, der würde das zehnmal billiger und zehnmal besser besorgen, als jene Jämmerlinge. Wo diese Stalingarde hintritt, hört das Gras zum wachsen auf und wenn der Boden noch so gut ist. Der RFB hat's gezeigt, die Arbeiterwehr wird's neuerlich zeigen. Diese Stalingarde hat die kommunistische Partei um jeden Kredit gebracht. Sie hat nicht nur den Geist der Partei erstickt. Sie hat mit dem Eiter ihrer Gesinnung mit dem Schmutz und Gift ihrer Praktiken den Körper der Partei zum verfaulen gebracht bei lebendigem Leibe. Die Stalingarde und der Pestgestank den sie auströmt, daß ist das Haupthindernis für die kommunistische Agitation in Oesterreich.

Vormarsch der Opposition.

Die Opposition gewinnt in Rußland langsam aber sicher an Boden. Um sie aufzuhalten hat Stalin neuerlich dreißig Oppositionelle nach Sibirien geschickt zu den achttausend, die dort schon seit langen Monaten sind. Auch in Deutschland

wächst die Opposition. Die Massenausschlüsse gehen weiter. In Berlin-Weißensee wurden alle der Weddinger Opposition angehörigen Parteifunktionäre ausgeschlossen. Und — der „Volkswille“, das Organ des Leninbundes erscheint vom 1. Oktober ab viermal wöchentlich. Die Opposition marschier! Die Berliner „Rote Fahne“ aber hat in der letzten Woche allein 3000 Abnehmer verloren und die Bezirksorganisation Berlin-Brandenburg der KPD schrumpft ein. Ueber diese Tatsachen hilft den stalinistischen Nepagenten und deren bezahlten Unterschapseln kein „linkes“ Phrasendreschen hinweg.

Kriegsbündnis Polens und Rumäniens gegen Sowjetrußland.

Ganz offen gibt die rumänische Regierung bekannt, daß die Konferenz mit Pilsudski in Sinaia zum Gegenstand hatte: „Das Problem der polnisch-rumänischen Zusammenarbeit im Hinblick auf Rußland“.

Ungarn.

In den Massen der ungarischen Dorfarnut wächst unter dem Druck der entsetzlichen Ausbeutung ein furchtbarer, vorläufig noch dumpfer Groll an. Horthy steht auf einem Vulkan. Darum wird die Horthysippe aber erst recht alles und das äußerste wagen. Sie arbeitet offen auf Krieg hin. Ziel: Wiederaufrichtung des heiligen Reiches der Stefanskronen mit den alten Grenzen, Großungarn.

Albanien — Königreich.

Der Diktator Achmed Zogu (in Zivil Großgrundbesitzer) hat sich zum König von Albanien krönen lassen. Von Mussolinis Gnaden. Auch eine Kriegsvorbereitung gegen Jugoslawien.

Zuspitzung in Jugoslawien.

Die jugoslawische Regierung läßt gegen die Führer der kroatischen Bauernpartei die Anklage erheben, daß sie den Zerfall des Staates herbeiführen wollen.

Die „Demokratie“ in der Tschechoslovakei.

Die tschechische Regierung geht daran, die kommunistische Presse zu unterdrücken. „Rude Pravo“ und „Rudy Vecernik“ in Prag sind bereits verboten. Die Brüner „Rovnost“ soll folgen. So schaut sie aus: „Unsere Republik“ . . .

Barrikaden in Lettland.

Die Verordnung womit die lettische Regierung (Riga) die linken Gewerkschaften auflöste, haben die Arbeiter mit Generalstreik beantwortet. Da die Polizei und Gendarmerie zu schießen begann, haben sich große Straßenkämpfe entwickelt.

Militärrevolte in Frankreich.

500 französische Reservisten protestierten gegen die Verhaftung eines Soldaten durch Singen der Internationale und setzten seine Freilassung durch. Die gegen sie eingesetzten aktiven Truppen, haben sich gewiegert gegen die Reservisten vorzugehen.

Wahlerfolg der schottischen Kommunisten.

Bei der Wahl in Aberdeen erzielte die KP Englands über 2000 Stimmen. Gewählt wurde der Kandidat der „Arbeiter“partei (-Mac Donald & Co.). Die „Arbeiter-Zeitung“ ist über die selbständige Kandidatur der englischen Kommunisten rasend. Nicht nur der Stimmen, sondern auch der Stimmung wegen; um die Empörung über den sozialdemokratisch kapitalistischen Panzerkreuzer etwas abzulenken . . . Als Linie für alle Fälle ist die Stalinsche Wahltaktik unrichtig. Sie war falsch beim zweiten Wahlgang in Frankreich. Aber in Aberdeen war sie richtig!

Die Bombenchristen in Mexiko.

Die Erhebungen haben ergeben, daß die mexikanischen Pfaffen neben der Ermordung Obregons eine ganze Reihe von Mordattentaten, darunter ein Bombenattentat aufs Parlament vorbereitet hatten. Die aus den Reihen der blind Gläubigen sorgfältig ausgesuchten Täter seiften die Pfaffen damit ein, daß der Papst sie heilig sprechen wird.

Die Gärung in Indien.

Der Textilarbeiterstreik, der 150.000 Arbeiter umfaßt, dauert nun schon sechs Monate. Wie groß die Gärung unter den Massen ist, beweist die Verordnung der „indischen“ Regierung (lies: Englands), die eine regelrechte Verfolgung aller „Kommunisten“ einleitet. Kommunist in Indien (auch in China) heißt jeder Arbeiter und Dorfarnut, der das herrschende Regime beseitigen will.

Werdet Abonnenten!

Werbet Abonnenten!



ROTE VOLKSTRIEBÜNE

Zuschriften für die „Rote Volkstribüne“ sind an die Administration Wien, XVI., Hyrtlgasse 19/4 zu richten

Gedanken eines Untertanen der österreichischen Republik über die neue Bewaffnung der Wiener Polizei.

Ich weiß nicht recht wie ich anfangen soll. — Ich wollte von den Abruzzen zu erzählen beginnen und von der bei einer dortigen Bevölkerungsschichte usuellen schweren Bewaffnung, aber ich tu's lieber nicht . . . Es würde dies von bösen Gemütern vielleicht als Beleidigung der wackeren Männer, die für die Sicherheit der Stadt sorgen, ausgelegt werden. — Es ist wirklich schwer über die Sache zu sprechen. . . Also, sie sehen ja wacker aus, die Hüter der öffentlichen Sicherheit, aber ich bin ein ängstlicher Mensch und sehr friedlich; deshalb möchte ich am liebsten immer mit hochehobenen Händen an den Wackermännern vorbeigehen. Aber dann denke ich mir wieder: „Nein, du bist kein Bösewicht“, kein subversives Element; dir kann nichts geschehen! Da lasse ich die Hände unten und maschiere fröhlich lächelnd an den wackeren Männern der Ruhe und Ordnung vorbei. Oh, ich weiß, ich werde niemals mit ihren starken, schwerbewaffneten Händen Bekanntschaft machen, denn ich werde zwar demnächst einen Raubmord begehen, aber Pfui! rufen werde ich niemals! Nein, wirklich niemals! Da kann mir nix gescheh'n!

Wie gesagt, die wackere Wache ist jetzt gut, sehr gut bewaffnet, aber ich weiß nicht, ich glaube, die wackeren Männer haben nicht genug Hände, um gegen subversive Elemente alle ihre Waffen auf einmal gebrauchen zu können. — Aber, so tröste ich mich, da können sie sich eben die Waffen aussuchen. Es gibt da folgende Möglichkeiten: Säbel und Gummiknütel, Gummiknütel und Revolver, Säbel und Revolver und der wackere Hüter der Ruhe und Ordnung muß nur so geistesgegenwärtig sein, daß er die ge-

wünschten Waffen auch richtig erwischt und nicht verwechselt. Aber, ich kann mir nicht helfen, ich glaube, am besten wäre es doch, wenn ein Polizeimann drei Arme hätte. — Die medizinische Wissenschaft ist ja sehr weit fortgeschritten, vielleicht würde sich da etwas machen lassen. Vielleicht gibt es irgend eine Tierdrüse, die einen dritten Arm wachsen läßt. Als guter Untertan der Republik Oesterreich verlange ich für meine Anregung gar nichts. Sie ist vollständig gratis.

Ich hoffe übrigens, daß die Bewaffnung der Polizei etappenweise fortschreiten wird. Ich hoffe, daß die Polizeimänner erst ein Gewehr, dann Handgranaten, dann ein Maschinengewehr, dann eine kleine Kanone und dann einen Minenwerfer darauf bekommen werden. Der einzelne Polizeimann wird sich erst dann wirklich vor subversiven Elementen schützen, sich den nötigen Respekt verschaffen können.

Immerhin dürfte diese vollständige Bewaffnung der Polizei kaum früher durchgeführt sein, als bis es zur Eroberung der Staatsmacht — mit dem Stimmzetteln in der Hand — durch die Sozialdemokratie gekommen sein wird.

Fb. XV. (Sozialdemokrat).

Und wieder die Krankenkassen.

Wir Hausgehilfinnen sind wahrhaftig Stiefkinder der bürgerlichen Gesellschaftsordnung und bei der Krankenkassa da sind wir's erst recht. Bis vor kurzem gehörten wir der Wiener Bezirkskrankenkasse an. Die Zusammensetzung der Verwaltung war bis in die letzte Zeit in der großen Mehrheit deutschnational. Es wunderte mich daher nicht, daß man die Interessen der Hausgehilfinnen nicht vertreten hat. Man konnte da seine blauen Wunder erleben, wenn man, wie ich, wegen eines schweren Unfalles öfters in der Abteilung der Hausgehilfinnen zu tun hatte. Was da an Arbeitgeber für Ratschläge und Auskünfte erteilt wurden, um ihnen aus der Patsche zu helfen, wenn eine Hausgehilfin krank wurde, die nicht gemeldet war! Wirklich begrüßt habe ich die Vereinigung der Krankenkassen. Wir gehören seit zwei Monaten, der Arbeiter-Krankenversicherungskasse Wien an. Ich dachte, nun wird es auch für uns besser sein. Doch keine Spur, ich möchte sagen eher schlechter. Wir sind bloß das Stiefkind der Arbeiter-Krankenkasse geworden. Geht man jetzt zum Kassenarzt wegen Behandlung, um Bäder etc. zu bekommen, so schickt er einen zum Gruppenarzt, der bloß zum reduzieren da ist. Das war früher nicht. Der Kassenarzt verschreibt mir Schlamm-packungen; der Gruppenarzt streicht das, ohne mich zu untersuchen und verschreibt mir fünf Pfannsche Bäder die ich ohne Erfolg schon genommen habe. Ich mache Einwendungen. Es nützt mir nichts. Es ist Dr. Stritzko. Weil er so gut reduzieren kann, ist er vor kurzem Hofrat geworden.

In der Wipplingerstraße 28, da ist ein herrliches Palais, die Zentrale der Krankenkassen. Die Herren Unternehmer gehen über die Hauptstiege, haben Extraaufgang, hier ist ein Aufzug fortwährend im Gange, hier ist alles blitzblank, eine breite Treppe sanft ansteigend alles modern und bequem. Die Mitglieder, die Proleten, haben eine andere Stiege hoch und steil, gerade gut für lungenkranke Arbeiter und überhaupt für Proleten. Es ist empörend. Da war's ja in der Albertgasse viel schöner. Da gingen Unternehmer und Arbeiter auf derselben Stiege. Das blieb wieder den Sozialdemokraten vorbehalten, so unsozial zu handeln.

Nun wieder zurück zur

Behandlung der Mitglieder.

Wird man infolge Krankheit arbeitslos, will uns der Kassenarzt nicht am Krankenstand schreiben. Er sagt raffiniert sie sind arbeitslos und verblüfft einen momentan. Ist man in Stellung und will Heilbehandlung, so sind die Ordinationsstunden beim Kassenarzt von 1—2 Uhr, beim Gruppenarzt von 10—11 Uhr. Es sind dies Stunden, wo man sich nur sehr schwer oder überhaupt nicht freimachen kann, es ist einem daher unmöglich, zum Arzt zu gehen. Man arbeitet weiter, wird immer kränker, man ist Mitglied der Krankenkasse und hat doch keine Hilfe. Hat man das Unglück durch einen Unfall in den Krankenstand zu müssen, dann ist man wieder petschiert. Mit S 1.50 tägliches Krankengeld kann man unmöglich leben. VI. Lohnklasse. Nun ist man krank und Hunger und Sorge sind täglicher Gast. Wir Hausgehilfinnen haben weder Arbeitslosen- noch Unfall-Versicherung, unsere Gewerkschaft Einigkeit ruht auf ihren Lorbeeren aus. Warum gibt es bei den Krankenkassen nicht abends Ordinationsstunden, so daß man nach Arbeitsschluß hingehen könnte?!

Leitende Beamte der Wiener Bezirkskrankenkassa sagten mir kurz vor der Vereinigung mit der Arbeiter-Versicherungskasse, daß ab 1. April 1928 die Hausgehilfinnen in eine einheitliche Lohnklasse, VI., kommen und dann ein tägliches Krankengeld von S 2.— erhalten. Ich sehe aber, daß das Krankengeld nicht erhöht wurde. Die Haupttätigkeit der Gruppenärzte besteht darin, die Kranken vor ihrer Genesung vom Krankenstand abzuschreiben. Man erwirbt dadurch in vielen Fällen, wie es auch bei mir der Fall war, eine neue Erkrankung oder einen Unfall. Arm gebrochen, infolge nicht ausgeheilter Kniegelenkentzündung! Das sind offensichtlich Sparmaßnahmen, die sich nicht bezahlt machen. Es wird gespart auf Kosten unserer Gesundheit. In der bürgerlichen Gesellschaft werden die sozialen Gesetze immer

wieder eine Waffe gegen uns.

Was ich hier geschrieben, ist alles wahr, ja bleibt oft noch hinter der Wirklichkeit zurück.

J. K. Hausgehilfin.

„Objektivität.“

Als ich 1919 meine Wohnung, die ich heute noch inne habe, mietete, mußte ich der ausziehenden Partei die Gasmesserkautions von 45 Kronen ablösen. Es kam die Geldentwertung und die Gaswerke forderten die Aufwertung auf 300 Kronen, was wieder 45 Friedenskronen entsprach, so daß ich effektiv 90 Friedenskronen bezahlt habe. 1924 wurde die Gasleitung, abmontiert. Da die Gemeinde das Objekt in gutem Zustande zurückbekam forderte ich auch meine Kautions zurück. Doch siehe da! Die 45 Friedenskronen wurden überhaupt nicht mehr gerechnet und für die 300 Nachkriegskronen, die gerade so wie die 45 Friedenskronen einen Wochenverdienst eines qualifizierten Arbeiters ausmachten, wollte mich die Gemeinde mit 300 Seipelkronen abspesen, so liegt bis heute meine Kautions noch beim Gaswerk. Werde ich jemals noch zu meinem Geld kommen? Was soll ich unternehmen? Ich muß mich ja um jeden Groschen ehrlich plagen.

Weil ich empfand, daß mir in diesem Falle ein Unrecht angetan wurde, wendete ich mich an den politischen Vertrauensmann der Werkstatt, Genossen Koch. Weil ich Koch als Parteipatrioten kenne, erzählte ich ihm von einer Dezimalwage, die ich ihm beispielsweise geborgt hätte, zu einer Zeit, wo auch er 300 Kronen in der Woche verdiente und er mir diese Wage 1924, wo er 5000 Kronen verdiente zurückgibt, worauf ich ihm 300 Kronen zurückgebe. Gen. Koch ist natürlich mit dieser Lösung nicht einverstanden. Ich stelle mich ihm gegenüber auf den Standpunkt „Krone ist Krone“, worauf Koch in Saft geht und erklärt, daß sei eine Gaunerei. Während unserer Auseinandersetzung hat sich bereits die ganze Werkstatt um uns versammelt und hörte uns gespannt zu. Als nun Koch mir zum wiederholten Male das Wort „Gaunerei“ an den Kopf wirft, erklärte ich, daß es sich in Wirklichkeit um einen Gasometer handle und daß nicht ich die Gaunerei wie er's nennt mir zuschulden kommen ließe, sondern unsere Obergewissen im Rathaus. Koch möchte nun die Sache gern anders auslegen, aber die Kollegenschaft steht auf dem Standpunkt, daß das eine Gaunerei ist, wenn der Kapitalist so handelt und eine Gaunerei bleibt wenn das die Gemeinde Wien macht.

In diesem Fall hat diese zweifelhafte Objektivität ja keinen Schaden angerichtet, anders ist es aber, wenn solch Leute urteilen sollen, ob jemand für irgend einen Gemeindeposten tauglich sei. Vor einiger Zeit haben zwei Arbeitskollegen des Gen. Koch um Einstellung ins E-Werk angesucht und es unterlassen

die Fürsprache Kochs in Anspruch zu nehmen, was für beide sehr unangenehme Folgen hatte. Sie wurden nach langer Wartezeit abgewiesen. Sie gingen der Sache nach und erfuhren: „Politisch unverlässlich!“ Sie konnten das nicht verstehen. Ist doch der eine jahrelang Betriebsrat und Mitglied im Aktionskomitee der Dreher, der andere war längere Zeit Betriebsratsobmann in einem Großbetrieb. Sie erfuhren schließlich, daß Koch ihnen dieses Zeugnis ausgestellt hatte. Da beide nicht mehr jung sind, werden sie bei neuerlichem Einreichen wahrscheinlich das Höchstalter überschritten haben. So hat sie Koch um die Möglichkeit gebracht bei der Gemeinde unterzukommen. Dafür hat Koch alle drei Söhne bei der Gemeinde und die Tochter im Konsumverein. Jk.

Betrachtungen eines Sozialdemokraten zum Brüsseler Kongreß.

Mit vorschriftsmäßiger Begeisterung hat die Arbeiterzeitung über den Brüsseler Kongreß berichtet. Sie hat ziemliche Mühe, so etwas wie eine Bilanz zustandzubringen. Stolz bemerkt sie, daß vor allen andern die große Tatsache steht, daß innerhalb der sozialistischen Internationale in allen entscheidenden Fragen der Weltpolitik eine noch vor einigen Jahren kaum vorstellbare Einigkeit herrscht . . ., allein die Lektüre der am Kongreß gehaltenen Reden beweist nur, daß sich die ehemaligen linken Parteien dieser Internationale ganz dem sozialreaktionären Mehrheitsklüngel angepaßt haben. Man kann sich vorstellen, wie großartig sich diese Kriegsdurchhalter von der deutschen Sozialdemokratie, der ehemalige Minister seiner Majestät des Königs der Belgier, Vandervelde, der die Proletarier immer wieder zum Kriechen für das Vaterland der Kapitalisten aufgefordert hat, und der ebenso patriotisch veranlagte Henderson bei dieser Demonstration der vollzogenen Völkerversöhnung vorgekommen sind!

Es wurde auf dem Kongresse manche wackere Rede gehalten. Man will die amerikanischen Arbeiter und die Proletarier Asiens zu Anhängern der sozialistischen zweiten Neo-Internationale machen; ob dies aber mit akademischen Reden zu bewerkstelligen ist, kann für zweifelhaft gelten. Man ist für die Abrüstung, aber mit Maßen! Vandervelde war sehr revolutionär. Er erklärte, daß die belgischen Proletarier nicht neun, sondern nur sechs Monate dem kapitalistischen Staate als Soldaten dienen sollen.

Es redeten alle Primadonnen auf dem Kongresse.

Und auch die Primaballerinnen. Vandervelde, Henderson, Hillquit; Naftali der Völkerbundfreund; Cramp, der Völkerbundgläubige; Turati, der betäubte Lohngeber, (er ist heute ein Unglücklicher, aber seine indirekte Mitschuld an der italienischen Reaktion soll man doch nicht vergessen); der russische Kleinbürger Dan, Agent in bürgerlicher Demokratie; Fenner Brockway, der Pazifist; Otto Bauer, der so kluge und geschickte „Gleichgewichtskünstler“ und Adler, namens Friedrich, dem aber die Schwungfedern schon ganz gestutzt sind.

Welches werden die Wirkungen dieses Kongresses sein? Die erste Wirkung des Brüsseler Kongresses ist ein deutscher Panzerkreuzer. Die folgenden Wirkungen werden nicht anders sein. A. F. XIII.

Ein Arbeiter der aus den Ereignissen lernt!

Am 4. August berichtet die A.-Z. über die Sprengung einer pazifistischen Versammlung in Graz durch die Heimwehren unter Führung des Wehrbundes, wobei die Teilnehmer, meist Frauen, blutig geschlagen wurden. Zugleich berichtet sie, daß eine Gewerkschaftsversammlung der Gastgewerbe-Angestellten in Salzburg, bei Zell am See von Heimwehren blutig auseinandergeprügelt wurde. Dazu schreibt die Arbeiterzeitung: „Was macht die Heimatschützer so verwegen? Die Gewißheit, daß die Staatsgewalt vor ihnen kapituliert, daß kein Staatsanwalt die Courage haben darf, die Versammlungssprenger und Gewalttäter anzuklagen. Wo aber die Staatsgewalt verzagt und versagt, muß man sich selbst wehren — und das wird schon geschehen.“

Bei Birnecker, Still, Müller, Kowarik, überall hat das die A.-Z. so erklärt. Und was ist geschehen? Viele Arbeiter haben ihre Zeitung ernst genommen, wollten sich gegen den Freispruch der Schattendorfer Mörder wehren und wurden wie die Hasen niedergemetzelt. Am Tage nach dem Gemetzel schrieb die A.-Z. von Plattenbrüdern und Kommunisten, um sich vor dem Bürgertum reinzuwaschen. Dafür, daß die Arbeiter das „sich selbst wehren“, ernst nahmen, wurden sie beschimpft.

Haben all diese Vorkommnisse des 15. Juli, Donawitz, die hier angeführten Fälle und weitere, haben sie etwas gemeinsam? Ja! All diese Vorkommnisse sind Vorbereitungen zur Aufrichtung der offenen kapitalistischen Diktatur. Das ist beginnender Faschismus. Können wir den Faschismus mit dem Gewinsel der A.-Z. aufhalten? Nein! Wir müssen gegen den Faschismus kämpfen, mit denselben Mitteln, mit denen er gegen uns Arbeiter kämpft, und wenn uns die A.-Z. noch tausendmal Plattenbrüder und Kommunisten nennt. Um aber einen Kampf erfolgreich zu führen, brauchen wir eine Organisation und an ihrer

Spitze Männer, die gewillt sind zu kämpfen, aber nicht zu schachern, wie es leider unsere Führer von heute tun. Wenn die A.-Z. in genanntem Artikel sagt, daß die Staatsgewalt verzagt und versagt, so ist es eine Irreführung der Massen. Denn wer verzagt und versagt sind unsere Führer, denn die Staatsgewalt ist kapitalistisch und handelt konsequent im Interesse des Kapitals.

Vor einigen Monaten las ich in der „Arbeiter-Stimme“ einen Aufruf: „Schafft euch eure Kampfpartei!“ Damals verstand ich euren Aufruf nicht, denn ich konnte nicht einsehen, warum noch eine Partei schaffen, wenn ohnehin schon zu viele Parteien sind und hielt es mehr für Vereinsmeierei. Heute sehe ich ein, daß wir eine Kampfpartei, eine reine proletarische Partei brauchen, wenn wir dem Faschismus nicht wehrlos ausgeliefert sein wollen. Denn die SP will nicht kämpfen und die KP ist unfähig, weil sie sich durch die zehn Jahre ihres Bestandes durch ihre Radau- und Bankrottspolitik vor der Masse der Arbeiter so diskreditiert hat, daß kein ernster Arbeiter zu ihr das geringste Vertrauen hat. Wer die österreichische Arbeiterschaft kennt, der wird wissen, daß sie großes Verständnis für den Sozialismus aufbringt, daß sie dem Kommunismus nicht feindlich gegenüber steht, nur zur österreichischen KP hat sie kein Vertrauen. In unseren Reihen sind viele ehrliche Arbeiter, die gleich mir fühlen und denken und auch bereits sehen, wohin die Taktik unserer Partei führt. Alle diese Genossen hätten sich vielleicht schon zu einer Gruppe zusammengeschlossen und die Grundlage für eine eigene Partei geschaffen, wenn die KP nicht wäre. Denn durch den Bestand und das geringe Ansehen der KP bei der Arbeiterschaft, haben unsere Führer immer die Möglichkeit, jede oppositionelle Regung in der Partei durch eine Kommunistenhetze unschädlich zu machen. Würde die KP wirklich eine ernste Partei darstellen, so würde mancher Arbeiter auch in unserer Partei anders auftreten, als wie es jetzt der Fall ist, denn er würde sich auf die revolutionäre Kraft der KP stützen können. Ich und mit mir viele andere Genossen wollen euren Aufruf beherzigen und mit-helfen, damit wieder erstehet die Kampfpartei des Proletariats, die proletarische Partei von 1890—1910.

Metallarbeiter F. L. (Sozialdemokrat)

Nicht notbedürftig . . .

In Hainburg ist gegenwärtig eine größere Arbeitsgelegenheit, nämlich der Bau einer Wasserleitung. Die Gemeinde hat sich die Einstellung der Arbeiter vorbehalten und beschlossen, daß nur Notdürftige eingestellt werden. Wer aber ist nach Beschluß der sozialdemokratischen Gemeinderatsmehrheit „notdürftig“? Derjenige, der pro Kopf der Familie weniger als 10.— Schilling wöchentliches Einkommen hat. Nun habe ich ein Einkommen für drei Personen pro Woche von S18.89. Davon Abzüge der Gemeinde 5.—, Zins 4.60 Schilling, so daß pro Kopf S 3.09

wöchentliches Einkommen entfallen. Also trat ich mit der Bitte um Einstellung in die Arbeit an die Gemeinde heran. Man sagte mir, ich solle mir eine andere Arbeit suchen, da ich auf Beschluß der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion nicht notdürftig befunden worden bin! Denn ich sei nicht verheiratet sondern lebe nur im gemeinsamen Haushalt . . . Ob auch am Wahltag jeder gefragt werden wird, ob er weniger als 10.— S wöchentlich hat? . . .

Ja, die meisten Herren dieser Fraktion kennen keine Not, haben meist doppelten Verdienst und so war es ihnen auch wichtiger den Rathaussaal mit blauem Himmel und Sternen für 6000.— S zu renovieren, statt notdürftigen Proleten zu helfen.

F. Sch. (Hainburg)

Abgeblitzte Reaktionäre.

Die laxen Haltung der Sozialdemokratie der Arbeitslosenfrage gegenüber, veranlaßt immer wieder Reaktionäre, ihr Glück bei den Arbeitslosen, besonders bei den arbeitslosen Angestellten, zu versuchen.

Am 23. August hielt der „Selbstlosen Hilfsverband aller Arbeitswilligen“ (Sitz: Hofburg!), beim Kadrmann eine Versammlung ab. Es waren 400 bis 500 Personen anwesend, deren größere Mehrheit aus Sozialdemokraten und auch Kommunisten bestand. Aus der „Rede“ des Obmannes Landes, einige Proben: „Es geht den Andern einen Schmarren an, woher wir unser Geld bekommen . . . Mir nach! . . . Treue um Treue . . . Das ist der Neid der besitzlosen Klasse; weil sie wissen, daß wir zwei eingerichtete Lokale mit Schreibmaschinen und Telefon haben . . . Im alten Wien war es doch besser . . . Wir wollen den wirtschaftlichen Frieden . . . Dann lobte er noch die deutsche Sozialdemokratie und machte Propaganda für die Koalition. Der nächste Redner zitierte Goethe, seinen seligen Vater, Christus und Marx. Da es offenbar wurde, daß die „Selbstlosen“ solange wie möglich sprechen wollen, um die Gegner nicht zu Worte kommen zu lassen, kam es zu großen Lärmenszenen. Einen sozialdemokratischen Redner, der sich das Wort erzwang, versuchten die Reaktionären hinunterzuwerfen. Die Versammlung ging, ohne zum Ende zu kommen, auseinander. Die laxen Haltung der Sozialdemokratie gegenüber der Arbeitslosenfrage veranlaßt die Reaktionäre immer wieder ihr Glück bei den Arbeitslosen zu versuchen, besonders bei den arbeitslosen Angestellten.

B. E., arbeitsloser Angest.

Zur Arbeitslosenfrage.

Vor einigen Tagen hatte ich Gelegenheit, mit einem mir bekannten Bankbeamten, Betriebsrat und Bezirksfunktionär der SP über die Arbeitslosenfrage zu sprechen. Ich erwähnte, daß es doch sicherlich

möglich wäre eine Anzahl arbeitsloser Kollegen vorübergehend zu beschäftigen, da ja während der jährlich zweimal erfolgenden Abschlußarbeiten in den Banken sehr viele Ueberstunden gemacht und für Arbeiten verwendet werden, die ganz unabhängig vom laufenden Geschäft, auch von, zu diesem Zwecke eingestellten Abgebauten erledigt werden könnten. Diese meine Anschauung schien den in guter, sorgenloser Stellung befindlichen Herrn überrascht zu haben und er fand folgende Erwiderung: Die aktive Kollegenschaft rechnet mit dem Einkommen aus den Ueberstunden, da doch die fixen Bezüge nur sehr knapp bemessen seien. Als ich ihn entgegnete, daß seit mehr als fünf Jahren keine Neuaufnahmen stattgefunden, daher das Monatsinkommen der an Dienstjahren jüngsten Beamten mindestens 350.— S betrage, mit welchem Betrage man schließlich das Auslangen finden könne, da doch viele Tausende ehemaliger Kollegen seit vielen Jahren im größten Elend leben müssen, brach der Genannte das Gespräch ab und entfernte sich, eine Ausrede gebrauchend.

Daraus ersieht man wieder die bürgerliche Einstellung der SP und ihrer Gewerkschaften. Den in guter Stellung befindlichen Angestellten alles, den Arbeitslosen nichts. Wann werden diese endlich aus ihrer Lethargie erwachen?

K. P., III., arbeitsloser Bankbeamter.

„Es wächst hienieden Brot genug . . .“

Es wächst hienieden Brot genug
Für alle Menschenkinder,
Auch Rosen und Myrthen, Schönheit und Luft,
Und Zuckererbsen nicht minder
Ja, Zuckererbsen für jedermann,
Sobald die Schoten platzen!
Den Himmel überlassen wir
Den Engeln und den Spatzen.

Heine.

Ja, es wächst Brot genug. Aber nicht für die die sich mit ihrer Hände Arbeit ihr Brot verdienen müssen. Dadurch sahen sich die Arbeiter gezwungen, sich zusammenzuschließen. Aus den kleinen Sekten, erwuchs eine große Partei.

Aber ihr Höhepunkt ist bereits überschritten. Noch stehen die großen Zahlen, aber es sind vielfach andere Menschen. Viele Kleingewerbetreibende haben sich der Partei angeschlossen, angelockt durch den Mieterschutz, Ehereform, Steuerermäßigungen, Lieferungen, usw. Ich war selbst in einem solchen Betrieb, wo der Unternehmer organisierter Sozialdemokrat war — um Lieferungen für die Gemeinde zu erhalten — dort haben wir um einen Groschen mehr kämpfen müssen als in jedem anderen Betrieb.

Auch die Kleingewerbetreibenden sind überdrüssig. Ich wohne mitten unter großen Gemeindebauten. In zweien dieser sind sozialdemokratisch organisierte Kaufleute. Die Bewohner werden von den Funktionären der SP aufmerksam gemacht, im Konsumverein einzukaufen. (Viele Sachen sind dort teurer als in den

anderen Geschäften.) Das dämpft die Sympathien der Geschäftsleute. So macht sich auf beiden Seiten eine wachsende Unlust bemerkbar. Auf die Dauer kann sich diese Zweipartei nicht halten.

Wenn die Arbeiter sich helfen wollen, so müssen sie sich wieder zu einer reinen Arbeiterpartei zusammenschließen; denn die Bürgerlichen haben grundlegend andere Interessen!

Bei der SP spielt nur die Zahl der Mitglieder eine Rolle. Viele der Arbeiter sind nur mehr gezwungen dabei, um ihren Verdienst nicht zu verlieren. Aber hundert Arbeiter, die mit Ueberzeugung und mit ganzem Herzen bei einer Sache sind, wiegen mehr als tausend Büchelsozialisten. Langsam beginnen da und dort die Arbeiter zu erkennen, daß von der Kuschpolitik ihrer Partei, der durch die Päckelwirtschaft mit der Bourgeoisie die Hände gebunden sind, nichts zu erhoffen ist. Nur durch das einige Vorgehen aller Arbeiter, frei von allem hemmenden Ballast kann das Ziel errungen werden, daß es endlich einmal auch für den Proletarier Brot genug gibt.

P. S. XX.

Ein Mahner.

Seit kurzem verfolge ich in der Rubrik „Rote Volkstribüne“ die Zuschriften von Lesern, die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sind. Diese Briefe zeigen die Mißstände in der SP auf. Nun, wenn dies einen Erfolg zeitigen soll, so finde ich, daß es auf diese Art sehr schwer sein wird, auf die Massen der noch immer „Gläubigen“ aufklärend zu wirken. Aufklärend in dem Sinne, daß die Genossen der SP erkennen, daß diese „Arbeiterpartei“ von ihren Führern in ein kleinbürgerliches Fahrwasser gesteuert wurde. Ebenso daß sie erkennen, daß, um die Stimmen der Kleinunternehmer zu erringen, die Arbeiterinteressen geopfert werden. Denn diese Zuschriften, die ich bisher Gelegenheit zu lesen hatte sind mehr oder weniger „sehr „lau“ und zu verallgemeinert.

Die Gründe, die diese Genossen der SP zu diesem unsachgemäßen Vorgehen bestimmen, glaube ich zu kennen. Ich will mich drastisch ausdrücken. Diese Genossen kommen mir vor, wie ein von einer Geschlechtskrankheit Befallener der nicht weiß wo das Uebel sitzt und wenn er es weiß, darüber in unangenehmer Schamgefühl schweigt, oder nur unverständliche Anspielungen macht.

Vielfach liegt es auch an zu geringer Beobachtungsgabe, zu kurzer Partei-Mitgliedschaft oder -Tätigkeit und zuguterletzt an zu geringen persönlichen Erfahrungen mit den Bonzen.

Hat man nun so wie ich als alter Sozialdemokrat genügende Erfahrungen, andere werden sicher über eine noch größere verfügen, dann muß man schon im Interesse aller wirklichen Proletarier dem Uebel schärfer an den Leib

rücken und in erster Linie einmal konkrete Fälle mit voller Namensnennung der Beschuldigten anprangern. Des Weiteren wäre jedes Zartgefühl gegenüber „seiner Partei“ vollkommen auszuschalten. Da die SP heute schon lange nicht mehr die ist, die sie einst war. Die heutige sozialdemokratische Partei ist nichts anderes als die rot angestrichene Luegersche Volkspartei aus den Jahren 1900—1910, die ja auch sogenannte Arbeiterinteressen mitschleppte. Somit sei festgestellt, daß auf Grund dessen man sich nicht im geringsten wegen Renegantentum Gewissensbisse zu machen braucht. Im Gegenteil, es jedem zur Ehre gereicht, wenn er mithilft, die SP so zurückzugestalten wie sie war. Nämlich, als die wirkliche, revolutionäre, für die unterdrückten Klassen immer kämpfende Arbeiterpartei. Und gleichzeitig sie befreit von den durch Wohlleben versippten, von kleinbürgerlichen Ideologien beherrschten Bonzen und Unterläufern.

Dieser Kampf der unser, eine wahre Arbeiterpartei anstrebender Kampf ist, wird und muß bald viele in unsere noch schwache Front bringen, wenn diese einmal erkennen werden, wie sie daran sind. Wenn sie sehen werden, daß diese Wasserprediger, den Wein nicht einmal gar so heimlich trinken.

Diese Front auszubauen, ist Pflicht aller im Vollbewußtsein der wahren Tatsachen Stehenden.

Darum muß dieser Kampf mit tauglichen Waffen geführt werden, das ist in diesem Falle rücksichtslos vor Allen und Allen.

A. F. Schmidt.

Kampf um Amnestie!

Es nähert sich der Tag des zehnjährigen Bestandes der Republik. Sicher wird eine Amnestie kommen aber — für die Faschisten. Es ist Zeit, daß die Arbeiter einen Kampf einleiten: damit die Julioffer amnestiert werden; damit die wegen ihrer Gesinnung, wegen angeblicher „Subordinationsverletzungen“ bestraften Wehrmänner, damit vor allem die durch Not in Strafe kamen, von der Straflast und der durch sie bewirkten moralischen Schädigung befreit werden. Tausenden spreche ich aus der Seele, wenn ich an die Frauen der Verurteilten denke und an ihre Kinder. Alle sind sie doppelt gestraft, weil ihnen selbst die Möglichkeit ihr Brot zu verdienen erschwert, ja genommen ist.

A. N. XII. Sozialdemokrat.

„Arbeiter“sport.

Wie jeder Sportler und alle diejenigen die sich für Sport, soweit er Arbeitersport ist, interessieren, weiß, hat der „Askö“ als oberste Sportbehörde den Arbeitersportlern die Teilnahme an den „Ring-Rund Wettlauf“ der „Wiener Montagspost“ mit der Begründung verboten, daß es sich für Arbeitersportler nicht ziemt, mit bürgerlichen Sportlern gemeinsame Sache zu machen und der Arbeitersport nicht für Reklamezwecke geschaffen wurde. — Das war vergangenes Jahr. Und heuer?

Ich konnte es nicht glauben, wenn andere Blätter der „A.-Z.“ den Vorwurf machten, sie spekuliere auf die Vergesslichkeit ihrer Leser. Jetzt glaube ich es auch. Warum? Ganz einfach! Der „Askö“ verbietet durch sein Organ, die „A.-Z.“ und ein Jahr später (28. Juni), bringt dieselbe „Arbeiter-Zeitung“ ein auffälliges Inserat, das für den „Ring-Rund“ Wettlauf wirbt . . .

J. M., X. Arbeitersportler.

„Arbeiter“sport.

Ein Zufall brachte mich in den Besitz der letzten Nummer der „Arbeiter-Stimme“ und des darin enthaltenen Briefes über den Arbeitersport. Gestatten Sie, daß ich als alter Sportler und genauer Kenner des Arbeiterfußballsportes dem Artikel in der letzten Ausgabe noch einiges hinzufüge.

Wie kann z. B. die Landesgruppe Wien des „Vafö“ in sozialistischem Sinne wirken, wenn eine Anzahl ihrer maßgebendsten Führer Unternehmer, Kapitalisten sind? . . . Zur Bekräftigung meiner soeben aufgestellten Behauptung will ich auch die Namen einiger solcher Funktionäre anführen:

Siegfried Deutsch (Obmann der Landesgruppe Wien des Vafö), Chef einer Konfektionsfirma und Autobesitzer;

Heinrich Morawetz (Obmann des Disziplinar-Ausschusses), Glasermeister und Glaswarenhändler, Hausbesitzerssohn;

Mayerhofer (Vorstandsmitglied, gleichzeitig Mitglied des Schiedsrichterkollegiums), Bankprokurist, Villenbesitzer.

Wird da ein ehrlicher klassenbewußter Arbeiter noch zweifeln können, wie es um die Führung im Wiener Arbeiterfußballsport bestellt ist?

Und wie wird die Spielstärke der Wiener Vereine gehoben? Da werden ganz einfach Spieler von Professionalvereinen herübergezogen, ihnen Stellen verschafft, während Familienväter, die schon jahrelang arbeitslos sind, vergebens auf einen Posten warten können. Hauptsächlich sind es die Gewerkschaftsvereine und da wieder speziell die Vereine der städtischen Angestellten, die auf solche Art und Weise ihre Mannschaft verstärken.

Und warum sollte es im Arbeitersport anders sein, da doch die sozialdemokratische Partei zu einer kleinbürgerlichen Volkspartei herabsinkt?!

E. H., Favoriten.

Preßfond für Juli: Margarethen 10/08 S, Ottakring 15 S, Floridsdorf 20 S.

Eigentümer: Kommunistische Partei Österreichs (Opposition)
Herausgeber und Verleger: Josef Frey, XII., Schönbrunnerstraße 236
Verantwortlicher Redakteur: Franz Beran, XVI., Hyrtlgasse 19/4
Druck: Buch- u. Kunstdruckerei „Donau“, Wien, III., Custozzgassee 8